

ÜBEREINKOMMEN
ZUM SCHUTZ DER ALPEN
(ALPENKONVENTION)

Die Bundesrepublik Deutschland,
die Französische Republik,
die Italienische Republik,
die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien,
das Fürstentum Liechtenstein,
die Republik Österreich,
die Schweizerische Eidgenossenschaft
sowie
die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft -

im Bewußtsein, daß die Alpen einer der größten zusammenhängenden Naturräume Europas und ein durch seine spezifische und vielfältige Natur, Kultur und Geschichte ausgezeichneter Lebens-, Wirtschafts-, Kultur- und Erholungsraum im Herzen Europas sind, an dem zahlreiche Völker und Länder teilhaben,

in der Erkenntnis, daß die Alpen Lebens- und Wirtschaftsraum für die einheimische Bevölkerung sind und auch größte Bedeutung für außeralpine Gebiete haben, unter anderem als Träger bedeutender Verkehrswege,

in Anerkennung der Tatsache, daß die Alpen unverzichtbarer Rückzugs- und Lebensraum vieler gefährdeter Pflanzen- und Tierarten sind,

im Bewußtsein der großen Unterschiede in den einzelnen Rechtsordnungen, den naturräumlichen Gegebenheiten, der Besiedlung, der Land- und Forstwirtschaft, dem Stand und der Entwicklung der Wirtschaft, der Verkehrsbelastung sowie der Art und Intensität der touristischen Nutzung,

in Kenntnis der Tatsache, daß die ständig wachsende Beanspruchung durch den Menschen den Alpenraum und seine ökologischen Funktionen in zunehmenden Maße gefährdet und daß Schäden nicht oder nur mit hohem Aufwand, beträchtlichen Kosten und in der Regel nur in großen Zeiträumen behoben werden können,

in der Überzeugung, daß wirtschaftliche Interessen mit den ökologischen Erfordernissen in Einklang gebracht werden müssen -

sind im Gefolge der Ergebnisse der ersten Alpenkonferenz der Umweltminister vom 9. bis 11. Oktober 1989 in Berchtesgaden wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Anwendungsbereich

- (1) Gegenstand dieses Übereinkommens ist das Gebiet der Alpen, wie es in der Anlage beschrieben und dargestellt ist.
- (2) Jede Vertragspartei kann bei der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde oder jederzeit danach durch eine an die Republik Österreich als Verwahrer gerichtete Erklärung die Anwendung dieses Übereinkommens auf weitere Teile ihres Hoheitsgebiets erstrecken, sofern dies für die Vollziehung der Bestimmungen dieses Übereinkommens als erforderlich angesehen wird.
- (3) Jede nach Absatz 2 abgegebene Erklärung kann in Bezug auf jedes darin genannte Hoheitsgebiet durch eine an den Verwahrer gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Die Zurücknahme wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer folgt.

Artikel 2 Allgemeine Verpflichtungen

- (1) Die Vertragsparteien stellen unter Beachtung des Vorsorge-, des Verursacher- und des Kooperationsprinzips eine ganzheitliche Politik zur Erhaltung und zum Schutz der Alpen unter ausgewogener Berücksichtigung der Interessen aller Alpenstaaten, ihrer alpinen Regionen sowie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unter umsichtiger und nachhaltiger Nutzung der Ressourcen sicher. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für den Alpenraum wird verstärkt sowie räumlich und fachlich erweitert.
- (2) Zur Erreichung des in Absatz 1 genannten Zieles werden die Vertragsparteien geeignete Maßnahmen insbesondere auf folgenden Gebieten ergreifen:
 - a) Bevölkerung und Kultur - mit dem Ziel der Achtung, Erhaltung und Förderung der kulturellen und gesellschaftlichen Eigenständigkeit der ansässigen Bevölkerung und der Sicherstellung ihrer Lebensgrundlagen, namentlich der umweltverträglichen Besiedlung und wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Förderung des gegenseitigen Verständnisses und partnerschaftlichen Verhaltens zwischen alpiner und außeralpiner Bevölkerung,
 - b) Raumplanung - mit dem Ziel der Sicherung einer sparsamen und rationellen Nutzung und einer gesunden, harmonischen Entwicklung des Gesamttraumes unter besonderer Beachtung der Naturgefahren, der Vermeidung von Über- und Unternutzungen sowie der Erhaltung oder Wiederherstellung von natürlichen Lebensräumen durch umfassende Klärung und Abwägung der Nutzungsansprüche, vorausschauende integrale Planung und Abstimmung der daraus resultierenden Maßnahmen,
 - c) Luftreinhaltung - mit dem Ziel der drastischen Verminderung von Schadstoffemissionen und -belastungen im Alpenraum und der

Schadstoffverfrachtung von außen, auf ein Maß, das für Menschen, Tiere und Pflanzen nicht schädlich ist,

- d) Bodenschutz - mit dem Ziel der Verminderung der quantitativen und qualitativen Bodenbeeinträchtigungen, insbesondere durch Anwendung bodenschonender land- und forstwirtschaftlicher Produktionsverfahren, sparsamen Umgang mit Grund und Boden, Eindämmung von Erosion sowie durch Beschränkung der Versiegelung von Böden,
- e) Wasserhaushalt - mit dem Ziel, gesunde Wassersysteme zu erhalten oder wiederherzustellen, insbesondere durch die Reinhaltung der Gewässer, durch naturnahen Wasserbau und durch eine Nutzung der Wasserkraft, die die Interessen der ansässigen Bevölkerung und das Interesse an der Erhaltung der Umwelt gleichermaßen berücksichtigt,
- f) Naturschutz und Landschaftspflege - mit dem Ziel, Natur und Landschaft so zu schützen, zu pflegen und, soweit erforderlich, wiederherzustellen, daß die Funktionsfähigkeit der Ökosysteme, die Erhaltung der Tier- und Pflanzenwelt einschließlich ihrer Lebensräume, die Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Leistungsfähigkeit der Naturgüter sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Natur und Landschaft in ihrer Gesamtheit dauerhaft gesichert werden,
- g) Berglandwirtschaft - mit dem Ziel, im Interesse der Allgemeinheit die Bewirtschaftung der traditionellen Kulturlandschaften und eine standortgerechte, umweltverträgliche Landwirtschaft zu erhalten und unter Berücksichtigung der erschwerten Wirtschaftsbedingungen zu fördern,
- h) Bergwald - mit dem Ziel Erhaltung, Stärkung und Wiederherstellung der Waldfunktionen, insbesondere der Schutzfunktion durch Verbesserung der Widerstandskraft der Waldökosysteme, namentlich mittels einer naturnahen Waldbewirtschaftung und durch die Verhinderung waldschädigender Nutzungen unter Berücksichtigung der erschwerten Wirtschaftsbedingungen im Alpenraum,

- i) Tourismus und Freizeit - mit dem Ziel, unter der Einschränkung umweltschädigender Aktivitäten, die touristischen und Freizeitaktivitäten mit den ökologischen und sozialen Erfordernissen in Einklang zu bringen, insbesondere durch Festlegung von Ruhezeiten,
 - j) Verkehr - mit dem Ziel, Belastungen und Risiken im Bereich des inneralpinen und alpenquerenden Verkehrs auf ein Maß zu senken, das für Menschen, Tiere und Pflanzen sowie deren Lebensräume erträglich ist, unter anderem durch eine verstärkte Verlagerung des Verkehrs, insbesondere des Güterverkehrs, auf die Schiene, vor allem durch Schaffung geeigneter Infrastrukturen und marktkonformer Anreize, ohne Diskriminierung aus Gründen der Nationalität,
 - k) Energie - mit dem Ziel, eine natur- und landschaftsschonende sowie umweltverträgliche Erzeugung, Verteilung und Nutzung der Energie durchzusetzen und energiesparende Maßnahmen zu fördern,
 - l) Abfallwirtschaft - mit dem Ziel, unter besonderer Berücksichtigung der Abfallvermeidung eine den besonderen topographischen, geologischen und klimatischen Bedürfnissen des Alpenraumes angepaßte Abfallerfassung, -verwertung und -entsorgung sicherzustellen.
- (3) Die Vertragsparteien vereinbaren Protokolle, in denen Einzelheiten zur Durchführung dieses Übereinkommens festgelegt werden.

Artikel 3
Forschung und systematische Beobachtung

Die Vertragsparteien vereinbaren, auf den in Artikel 2 genannten Gebieten

- a) Forschungsarbeiten und wissenschaftliche Bewertungen durchzuführen und dabei zusammenzuarbeiten,
- b) gemeinsame oder einander ergänzende Programme zur systematischen Beobachtung zu entwickeln,
- c) Forschung und Beobachtung sowie die dazugehörige Datenerfassung zu harmonisieren.

Artikel 4
**Zusammenarbeit im rechtlichen, wissenschaftlichen,
wirtschaftlichen und technischen Bereich**

- (1) Die Vertragsparteien erleichtern und fördern den Austausch rechtlicher, wissenschaftlicher, wirtschaftlicher und technischer Informationen, die für dieses Übereinkommen erheblich sind.
- (2) Die Vertragsparteien informieren einander zur größtmöglichen Berücksichtigung grenzüberschreitender und regionaler Erfordernisse über geplante, juristisch oder wirtschaftliche Maßnahmen, von denen besondere Auswirkungen auf den Alpenraum oder Teile desselben zu erwarten sind.

- (3) Die Vertragsparteien arbeiten mit internationalen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen soweit erforderlich zusammen, um das Übereinkommen und die Protokolle, deren Vertragspartei sie sind, wirksam durchzuführen.
- (4) Die Vertragsparteien sorgen in geeigneter Weise für eine regelmäßige Information der Öffentlichkeit über die Ergebnisse von Forschungen, Beobachtungen und getroffene Maßnahmen.
- (5) Die Verpflichtungen der Vertragsparteien aus diesem Übereinkommen im Informationsbereich gelten vorbehaltlich der nationalen Gesetze über die Vertraulichkeit. Vertraulich bezeichnete Informationen müssen als solche behandelt werden.

Artikel 5

Konferenz der Vertragsparteien (Alpenkonferenz)

- (1) Die gemeinsamen Anliegen der Vertragsparteien und ihre Zusammenarbeit sind Gegenstand regelmäßig stattfindender Tagungen der Konferenz der Vertragsparteien (Alpenkonferenz). Die erste Tagung der Alpenkonferenz wird spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens durch eine einvernehmlich zu bestimmende Vertragspartei einberufen.
- (2) Danach finden in der Regel alle zwei Jahre ordentliche Tagungen der Alpenkonferenz bei der Vertragspartei statt, die den Vorsitz führt. Vorsitz und Sitz wechseln nach jeder ordentlichen Tagung der Alpenkonferenz. Beides wird von der Alpenkonferenz festgelegt.

- (3) Die vorsitzführende Vertragspartei schlägt jeweils die Tagesordnung für die Tagung der Alpenkonferenz vor. Jede Vertragspartei hat das Recht, weitere Punkte auf die Tagesordnung setzen zu lassen.
- (4) Die Vertragsparteien übermitteln der Alpenkonferenz Informationen über die von ihnen zur Durchführung dieses Übereinkommens und der Protokolle, deren Vertragspartei sie sind, getroffenen Maßnahmen, vorbehaltlich der nationalen Gesetze über die Vertraulichkeit.
- (5) Die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen, der Europarat sowie jeder europäische Staat können auf den Tagungen der Alpenkonferenz als Beobachter teilnehmen. Das gleiche gilt für grenzüberschreitende Zusammenschlüsse alpiner Gebietskörperschaften. Die Alpenkonferenz kann außerdem einschlägig tätige internationale nichtstaatliche Organisationen als Beobachter zulassen.
- (6) Eine außerordentliche Tagung der Alpenkonferenz findet statt, wenn sie von ihr beschlossen oder wenn es zwischen zwei Tagungen von einem Drittel der Vertragsparteien bei der vorsitzführenden Vertragspartei schriftlich beantragt wird.

Artikel 6

Aufgaben der Alpenkonferenz

Die Alpenkonferenz prüft auf ihren Tagungen die Durchführung des Übereinkommens sowie der Protokolle samt Anlagen und nimmt auf ihren Tagungen insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- a) Sie beschließt Änderungen des Übereinkommens im Rahmen des Verfahrens des Artikels 10.
- b) Sie beschließt Protokolle und deren Anlagen sowie deren Änderungen im Rahmen des Verfahrens des Artikels 11.
- c) Sie beschließt ihre Geschäftsordnung.
- d) Sie trifft die notwendigen finanziellen Entscheidungen.
- e) Sie beschließt die Einrichtung von zur Durchführung des Übereinkommens für notwendig erachteten Arbeitsgruppen.
- f) Sie nimmt die Auswertung wissenschaftlicher Informationen zur Kenntnis.
- g) Sie beschließt oder empfiehlt Maßnahmen zur Verwirklichung der in Artikel 3 und Artikel 4 vorgesehenen Ziele, legt Form, Gegenstand und Zeitabstände für die Übermittlung der nach Artikel 5 Absatz 4 vorzulegenden Informationen fest und nimmt diese Informationen sowie die von den Arbeitsgruppen vorgelegten Berichte zur Kenntnis.
- h) Sie stellt die Durchführung der notwendigen Sekretariatsarbeiten sicher.

Artikel 7

Beschlußfassung in der Alpenkonferenz

- (1) Soweit im folgenden nichts anderes bestimmt ist, faßt die Alpenkonferenz ihre Beschlüsse mit Einstimmigkeit. Sind hinsichtlich der in Artikel 6 lit. c), f) und g) genannten Aufgaben alle Bemühungen um eine Einstimmigkeit erschöpft und

stellt der Vorsitzende dies ausdrücklich fest, so wird der Beschluß mit Dreiviertelmehrheit der auf der Sitzung anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien gefaßt.

- (2) In der Alpenkonferenz hat jede Vertragspartei eine Stimme. In ihrem Zuständigkeitsbereich übt die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ihr Stimmrecht mit einer Stimmenzahl aus, die der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind; die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft übt ihr Stimmrecht nicht aus, wenn die betreffenden Mitgliedstaaten ihr Stimmrecht ausüben.

Artikel 8 **Ständiger Ausschuß**

- (1) Ein Ständiger Ausschuß der Alpenkonferenz, der aus den Delegierten der Vertragsparteien besteht, wird als ausführendes Organ eingerichtet.
- (2) Unterzeichnerstaaten, welche die Konvention noch nicht ratifiziert haben, haben in den Sitzungen des Ständigen Ausschusses Beobachterstatus. Dieser kann darüberhinaus jedem Alpenstaat, der diese Konvention noch nicht unterzeichnet hat, auf Antrag gewährt werden.
- (3) Der Ständige Ausschuß beschließt seine Geschäftsordnung.
- (4) Der Ständige Ausschuß bestimmt außerdem über die Modalitäten der allfälligen Teilnahme von Vertretern staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen an seinen Sitzungen.

(5) Die in der Alpenkonferenz vorsitzführende Vertragspartei stellt den Vorsitz im Ständigen Ausschuß.

(6) Der Ständige Ausschuß nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- a) er sichtet die von den Vertragsparteien übermittelten Informationen gemäß Artikel 5, Absatz 4 zur Berichterstattung an die Alpenkonferenz,
- b) er sammelt und bewertet Unterlagen im Hinblick auf die Durchführung des Übereinkommens sowie der Protokolle samt Anlagen und legt sie der Alpenkonferenz gemäß Artikel 6 zur Überprüfung vor,
- c) er unterrichtet die Alpenkonferenz über die Durchführung ihrer Beschlüsse
- d) er bereitet inhaltlich die Tagungen der Alpenkonferenz vor und kann Tagesordnungspunkte sowie sonstige Maßnahmen betreffend die Durchführung des Übereinkommens und seiner Protokolle vorschlagen,
- e) er setzt entsprechend Artikel 6, lit. e) Arbeitsgruppen für die Erarbeitung von Protokollen und Empfehlungen ein und koordiniert deren Tätigkeit,
- f) er überprüft und harmonisiert Inhalte von Protokollentwürfen unter ganzheitlichen Aspekten und schlägt sie der Alpenkonferenz vor,
- g) er schlägt Maßnahmen und Empfehlungen zur Verwirklichung der in dem Übereinkommen und den Protokollen enthaltenen Ziele der Alpenkonferenz vor.

(7) Die Beschlußfassung im Ständigen Ausschuß erfolgt entsprechend den Bestimmungen des Artikels 7.

**Artikel 9
Sekretariat**

Die Alpenkonferenz kann die Errichtung eines ständigen Sekretariates mit Einstimmigkeit beschließen.

**Artikel 10
Änderungen des Übereinkommens**

Jede Vertragspartei kann der in der Alpenkonferenz vorsitzführenden Vertragspartei Vorschläge für Änderungen dieses Übereinkommens unterbreiten. Solche Vorschläge werden von der in der Alpenkonferenz vorsitzführenden Vertragspartei mindestens sechs Monate vor Beginn der Tagung der Alpenkonferenz, die sich mit ihnen befassen wird, den Vertragsparteien und Unterzeichnerstaaten übermittelt. Die Änderungen des Übereinkommens treten gemäß Absatz (2), (3) und (4) des Artikels 12 in Kraft.

**Artikel 11
Protokolle und ihre Änderung**

- (1) Protokollentwürfe im Sinne des Artikels 2, Absatz 3 werden von der in der Alpenkonferenz vorsitzführenden Vertragspartei mindestens sechs Monate vor Beginn der Tagung der Alpenkonferenz, die sich mit ihnen befassen wird, den Vertragsparteien und Unterzeichnerstaaten übermittelt.

- (2) Die von der Alpenkonferenz beschlossenen Protokolle werden anlässlich ihrer Tagungen oder danach beim Verwahrer unterzeichnet. Sie treten für diejenigen Vertragsparteien in Kraft, die sie ratifiziert, angenommen oder genehmigt haben. Für das Inkrafttreten eines Protokolls sind mindestens drei Ratifikationen, Annahmen oder Genehmigungen erforderlich. Die betreffenden Urkunden werden bei der Republik Österreich als Verwahrer hinterlegt.
- (3) Soweit im Protokoll nichts anderes vorgesehen ist, gelten für das Inkrafttreten und die Kündigung eines Protokolls die Artikel 10, 13 und 14 sinngemäß.
- (4) Für Änderungen der Protokolle gelten entsprechend die Absätze 1 bis 3.

Artikel 12

Unterzeichnung und Ratifizierung

- (1) Dieses Übereinkommen liegt ab dem 7. November 1991 bei der Republik Österreich als Verwahrer zur Unterzeichnung auf.
- (2) Das Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.
- (3) Das Übereinkommen tritt drei Monate nach dem Tag in Kraft, nachdem drei Staaten ihre Zustimmung gemäß Absatz 2 ausgedrückt haben, durch das Übereinkommen gebunden zu sein.
- (4) Für jeden Unterzeichnerstaat, der später seine Zustimmung gemäß Absatz 2 ausdrückt, durch das Übereinkommen gebunden zu sein, tritt es drei Monate nach

Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

Artikel 13
Kündigung

- (1) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen jederzeit durch eine an den Verwahrer gerichtete Notifikation kündigen.
- (2) Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer folgt.

Artikel 14
Notifikationen

Der Verwahrer notifiziert den Vertragsparteien und Unterzeichnerstaaten

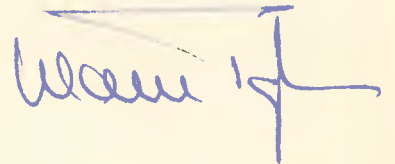
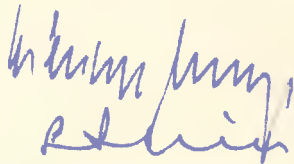
- a) jede Unterzeichnung,
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde

- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach Artikel 12
- d) jede nach Artikel 1 Absätze 2 und 3 abgegebene Erklärung,
- e) jede nach Artikel 13 vorgenommene Notifikation und den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird.

Zu Urkund dessen haben die hiezu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

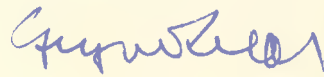
Geschehen zu Salzburg am 7. November 1991 in deutscher, französischer, italienischer und slowenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Staatsarchiv der Republik Österreich hinterlegt wird. Der Verwahrer übermittelt den Unterzeichnerstaaten beglaubigte Abschriften.

Für die Bundesrepublik Deutschland:



Für die Französische Republik:

Für die Italienische Republik:



Für die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien:

Für das Fürstentum Liechtenstein:



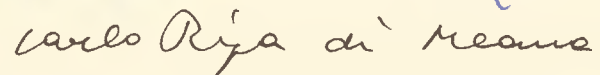
Für die Republik Österreich:



Für die Schweizerische Eidgenossenschaft:



Für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft:



CONVENTION
SUR LA PROTECTION DES ALPES
(CONVENTION ALPINE)

La République fédérale d'Allemagne,
la République d'Autriche,
la République française,
la République italienne,
la Principauté de Liechtenstein,
la Confédération suisse,
la République socialiste fédérative de Yougoslavie,
ainsi que
la Communauté économique européenne,

Conscientes que les Alpes constituent l'un des plus grands espaces naturels d'un seul tenant en Europe et un cadre de vie, un espace économique, culturel et récréatif au coeur de l'Europe, se distinguant par sa nature, sa culture et son histoire spécifiques et variées, auquel participent de nombreux peuples et pays,

Reconnaissant que les Alpes sont un cadre de vie et un espace économique pour la population qui y habite, et qu'elles revêtent également une importance particulière pour les régions extra-alpines, notamment comme support de voies de communication essentielles,

Reconnaissant que les Alpes sont un habitat et un refuge indispensables pour nombre d'espèces animales et végétales menacées,

Conscientes de la grande hétérogénéité des différentes réglementations juridiques, des facteurs naturels, des établissements humains, de l'agriculture et de la sylviculture, de l'état de développement de l'économie, de la densité du trafic ainsi que du type et de l'intensité de l'exploitation touristique,

Considérant que l'espace alpin et ses fonctions écologiques sont de plus en plus menacés par l'exploitation croissante que l'homme en fait et que la réparation des dommages, quand elle est possible, ne peut se faire qu'au prix d'intenses efforts, de coûts élevés, et, en règle générale, sur de longues périodes,

Convaincues qu'il y a lieu d'harmoniser les intérêts économiques et les exigences écologiques,

sont convenues, à la suite des résultats de la première Conférence alpine des Ministres de l'Environnement qui s'est tenue du 9 au 11 octobre 1989 à Berchtesgaden, de ce qui suit:

Article 1

Champ d'application

1. L'objet de la présente Convention est la région des Alpes telle que décrite et représentée en annexe.

2. Toute Partie contractante peut, au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou à tout autre moment par la suite, étendre l'application de la présente Convention à d'autres parties de son territoire par une déclaration adressée à la République d'Autriche comme dépositaire si une telle extension est considérée comme nécessaire à l'exécution des dispositions de la présente Convention.
3. Toute déclaration faite en vertu du paragraphe 2 pourra être retirée, en ce qui concerne tout territoire désigné par une notification adressée au dépositaire. Le retrait prend effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de six mois après la date de réception de la notification par le dépositaire.

Article 2

Obligations générales

1. Les Parties contractantes, dans le respect des principes de prévention, du pollueur-payeur et de coopération, assurent une politique globale de préservation et de protection des Alpes en prenant en considération de façon équitable les intérêts de tous les Etats alpins, de leurs régions alpines ainsi que de la Communauté économique européenne tout en utilisant avec discernement les ressources et en les exploitant de façon durable. La coopération transfrontalière en faveur de l'espace alpin est intensifiée et élargie sur le plan géographique et thématique.

2. Pour atteindre l'objectif visé au paragraphe 1, les Parties contractantes prennent des mesures appropriées, notamment dans les domaines suivants:
- a) population et culture - en vue d'assurer le respect, le maintien et la promotion de l'identité culturelle et sociale de la population qui y habite, et la garantie de ses ressources fondamentales, notamment de l'habitat et du développement économique respectant l'environnement ainsi que l'encouragement de la compréhension mutuelle et des relations de collaboration entre la population des Alpes et des régions extra-alpines,
 - b) aménagement du territoire - en vue d'assurer une utilisation économe et rationnelle des sols et un développement sain et harmonieux du territoire, grâce à une identification complète et une évaluation des besoins d'utilisation de l'espace alpin, une planification prospective et intégrée, une harmonisation des normes qui en découlent, en tenant compte notamment des risques naturels, en prévenant la surconcentration et la sous-densité, en veillant à la préservation et au rétablissement des cadres de vie naturels,
 - c) qualité de l'air - en vue d'obtenir une réduction drastique des émissions de polluants et de leurs nuisances dans l'espace alpin ainsi que des apports externes de polluants de manière à parvenir à un taux non nuisible aux hommes, à la faune et à la flore,
 - d) protection du sol - en vue de réduire les préjudices quantitatifs et qualitatifs causés au sol, notamment en utilisant des modes de production agricoles et sylvicoles ménageant les sols, en exploitant ceux-ci de façon mesurée, en freinant l'érosion ainsi qu'en limitant l'imperméabilisation des sols,

- e) régime des eaux - en vue de conserver ou de rétablir la qualité naturelle des eaux et des hydrosystèmes, notamment en préservant la qualité des eaux, en veillant à ce que les installations hydrauliques soient construites en respectant la nature, et que l'énergie hydraulique soit exploitée dans un cadre tenant compte aussi bien des intérêts de la population qui y habite que de l'intérêt pour la préservation de l'environnement,
- f) protection de la nature et entretien des paysages - en vue d'assurer la protection, la gestion et, si nécessaire, la restauration de la nature et des paysages de manière à garantir durablement le fonctionnement des écosystèmes, la préservation de la faune et de la flore ainsi que de leurs habitats, le pouvoir de régénération et de production à long terme du patrimoine naturel ainsi que la diversité, l'originalité et la beauté de la nature et des paysages dans leur ensemble,
- g) agriculture de montagne - en vue d'assurer, dans l'intérêt général, la conservation, la gestion et la promotion des paysages ruraux traditionnels et d'une agriculture adaptée au site et compatible avec l'environnement, tout en prenant en considération les contraintes économiques dans l'espace alpin,
- h) forêts de montagne - en vue d'assurer la préservation, le renforcement et le rétablissement des fonctions forestières, notamment la fonction protectrice, en améliorant la résistance des écosystèmes forestiers en particulier par une gestion respectant la nature, en évitant toute utilisation préjudiciable à la forêt et en tenant compte des contraintes économiques dans l'espace alpin,

- i) tourisme et loisirs - en vue d'assurer l'harmonisation des activités touristiques et de loisir avec les exigences écologiques et sociales, tout en limitant les activités touristiques et de loisir qui sont préjudiciables à l'environnement, notamment par la délimitation de zones déclarées non aménageables,
- j) transports - en vue de réduire les nuisances et les risques dans le secteur du transport interalpin et transalpin, de telle sorte qu'ils soient supportables pour les hommes, la faune et la flore ainsi que pour leur cadre de vie et leurs habitats, notamment par un transfert sur la voie ferrée d'une partie croissante du trafic, en particulier du trafic de marchandises, notamment par la création des infrastructures appropriées et de mesures incitatives conformes au marché, sans discrimination pour des raisons de nationalité,
- k) énergie - en vue d'imposer une production, distribution et utilisation de l'énergie ménageant la nature et le paysage et compatible avec l'environnement, et d'encourager des mesures d'économie d'énergie,
- l) déchets - en vue d'assurer des systèmes de ramassage, de recyclage et de traitement des déchets adaptés aux besoins topographiques, géologiques et climatiques spécifiques de l'espace alpin tout en visant à réduire le volume des déchets produits.

3. Les Parties contractantes conviennent des protocoles fixant les mesures d'application de la présente Convention.

Article 3

Recherche et observations systématiques

Dans les domaines cités à l'article 2, les Parties contractantes conviennent

- a) d'effectuer des travaux de recherche, des évaluations scientifiques et d'y travailler en collaboration,
- b) d'élaborer des programmes communs ou se complétant mutuellement pour une observation systématique,
- c) d'harmoniser les recherches et les observations ainsi que la saisie de données y afférente.

Article 4

Collaboration dans le domaine

juridique, scientifique, économique et technique

1. Les Parties contractantes facilitent et encouragent l'échange d'informations juridiques, scientifiques, économiques et techniques nécessaires à la présente Convention.

2. Les Parties contractantes s'informent mutuellement, afin de tenir compte autant que possible des besoins transfrontaliers et régionaux, de tout projet de mesures juridiques ou économiques pouvant avoir des effets particuliers sur tout ou partie de l'espace alpin.
3. Les Parties contractantes collaborent avec des organisations internationales, gouvernementales et non gouvernementales dans la mesure où cela contribue à l'application efficace de la présente Convention et des protocoles dont elles sont Parties contractantes.
4. Les Parties contractantes assurent de façon appropriée une information régulière de la population et du public sur les résultats de recherche et d'observations ainsi que des mesures prises.
5. Les obligations de la présente Convention des Parties Contractantes en matière d'information s'appliquent sous réserve du respect des lois nationales relatives à la confidentialité. Des informations désignées comme confidentielles doivent être considérées comme telles.

Article 5

Conférence des parties contractantes (Conférence alpine)

1. La conférence des Parties contractantes (Conférence alpine) tient des réunions régulières pour examiner les questions d'intérêt commun aux Parties contractantes et leur coopération.

La première réunion de la Conférence alpine est convoquée par une Partie contractante à désigner d'un commun accord au plus tard un an après l'entrée en vigueur de la présente Convention.

2. Par la suite, des sessions ordinaires de la Conférence alpine ont lieu, en règle générale, tous les deux ans sous l'égide de la Partie contractante qui assure la présidence. La présidence et le lieu de la conférence changent après chaque session ordinaire de la Conférence alpine. L'un et l'autre sont déterminés par la Conférence alpine.
3. La Partie contractante assurant la présidence propose l'ordre du jour de la réunion de la Conférence alpine. Toute Partie contractante a le droit de faire mettre à l'ordre du jour les points qu'elle souhaite voir traiter.
4. Les Parties contractantes transmettent à la Conférence alpine des informations sur les mesures prises par elles aux fins d'appliquer la présente Convention et les protocoles auxquels elles sont Parties contractantes, sous réserve des lois nationales sur la confidentialité.
5. L'Organisation des Nations unies, ses institutions spécialisées, le Conseil de l'Europe ainsi que tout Etat européen peuvent se faire représenter aux sessions de la Conférence alpine par des observateurs. La présente disposition s'applique également aux associations transfrontalières de collectivités territoriales dans l'espace alpin. La Conférence alpine peut en outre admettre en tant qu'observateurs des organisations non gouvernementales internationales actives dans ce domaine.
6. Des sessions extraordinaires de la Conférence alpine ont lieu lorsqu'une telle session est décidée par cette dernière ou lorsque,

entre deux sessions ordinaires de la Conférence alpine, un tiers des Parties contractantes le demande par écrit à la Partie contractante qui assure la présidence.

Article 6
Attributions de la Conférence alpine

Dans le cadre de ses sessions, la Conférence alpine examine l'application de la Convention et des protocoles ainsi que de ses annexes et exerce notamment les attributions suivantes:

- a) Elle adopte des amendements à la présente Convention, dans le cadre de la procédure visée à l'article 10;
- b) Elle adopte des protocoles et leurs annexes ainsi que leurs amendements, dans le cadre de la procédure visée à l'article 11;
- c) Elle adopte son règlement intérieur;
- d) Elle adopte les décisions financières nécessaires;
- e) Elle décide de la constitution de groupes de travail jugés nécessaires pour l'application de la présente Convention;
- f) Elle prend connaissance de l'évaluation des données scientifiques;

- g) Elle adopte ou recommande des mesures visant à la réalisation des objectifs prévus aux articles 3 et 4; elle fixe la forme, le contenu et la fréquence de transmission des informations devant être présentées conformément à l'article 5, paragraphe 4, et prend connaissance de ces informations ainsi que des rapports présentés par les groupes de travail;
- h) Elle s'assure de la réalisation des travaux de secrétariat nécessaires.

Article 7

Délibérations de la Conférence alpine

1. Sauf disposition contraire, la Conférence alpine délibère par consensus. Si toutefois, en ce qui concerne les tâches mentionnées aux lettres c), f) et g) de l'article 6, les possibilités de parvenir à un consensus ont été épuisées et si le président le constate expressément, la résolution est adoptée à la majorité des trois quarts des Parties contractantes présentes et prenant part au vote à la session.
2. A la Conférence alpine, toute Partie contractante possède une voix. Dans les domaines relevant de sa compétence, la Communauté économique européenne exerce son droit de vote avec un nombre de voix égal au nombre de ses Etats membres qui sont Parties contractantes à la présente Convention; la Communauté économique européenne n'exerce pas son droit de vote dans le cas où les Etats membres concernés exercent le leur.

Article 8
Comité permanent

1. Il est institué en tant qu'organe exécutif un Comité permanent de la Conférence alpine, composé des délégations des Parties contractantes.
2. Les Parties signataires n'ayant pas encore ratifié la Convention possèdent le statut d'observateur dans les sessions du Comité permanent. Celui-ci peut être concédé sur demande en outre à tout Etat alpin qui n'a pas encore signé la présente Convention.
3. Le Comité permanent adopte son règlement intérieur.
4. Le Comité permanent décide en outre des modalités de la participation éventuelle à ses sessions de représentants d'organisations gouvernementales et non gouvernementales.
5. La Partie contractante assurant la présidence de la Conférence alpine préside le Comité permanent.
6. Le Comité permanent a notamment les attributions suivantes:

- a) Il analyse les informations transmises par les Parties contractantes conformément à l'article 5, paragraphe 4 et en fait rapport à la Conférence alpine,
 - b) Il collecte et évalue des documents concernant l'application de la présente Convention ainsi que des protocoles et de leurs annexes, et soumet ces documents à la Conférence alpine, conformément à l'article 6,
 - c) Il informe la Conférence alpine de l'application de ses décisions,
 - d) Il prépare le contenu des sessions de la Conférence alpine et propose les points de l'ordre du jour ainsi que d'autres mesures concernant l'application de la présente Convention et de ses protocoles,
 - e) Il met en place de groupes de travail institués conformément à l'article 6 e) pour l'élaboration de protocoles et coordonne leurs activités,
 - f) Il examine et harmonise les contenus de projets de protocoles dans une perspective globale et les soumet à la Conférence alpine,
 - g) Il propose des mesures et recommandations aux fins de réaliser les objectifs de la Conférence alpine contenus dans la présente Convention et les protocoles,
7. L'adoption par le Comité permanent des décisions et résolutions s'effectue conformément aux dispositions de l'article 7.

Article 9
Secrétariat

La Conférence alpine peut décider par consensus de l'établissement d'un secrétariat permanent.

Article 10
Amendements à la Convention

Toute Partie contractante peut soumettre des propositions d'amendement de la présente Convention à la Partie contractante assurant la présidence de la Conférence alpine. De telles propositions sont transmises aux Parties contractantes et Parties signataires par la Partie contractante assurant la présidence de la Conférence alpine au moins six mois avant l'ouverture de la Conférence alpine qui en délibère. Les amendements à la Convention entrent en vigueur conformément aux paragraphes 2, 3 et 4 de l'article 12.

Article 11
Les protocoles et leurs amendements

1. Les projets de protocoles au sens de l'article 2, paragraphe 3, sont transmis aux Parties contractantes et Parties signataires par la Partie contractante assurant la présidence de la Conférence alpine au moins six mois avant l'ouverture de la session de la Conférence alpine qui en délibère.

2. Les protocoles adoptés par la Conférence alpine sont signés à l'occasion d'une séance de la Conférence ou à tout moment ultérieur auprès du dépositaire. Ils entrent en vigueur pour les Parties contractantes qui les ont ratifiés, acceptés ou approuvés. Pour qu'un protocole entre en vigueur, trois ratifications, acceptations ou approbations au moins sont nécessaires. Le dépôt des instruments concernés se fait auprès de la République d'Autriche en tant que dépositaire.
3. Sauf disposition contraire figurant dans un protocole, l'entrée en vigueur et la dénonciation d'un protocole sont régies par les articles 10, 13 et 14.
4. Les paragraphes 1 à 3 s'appliquent de la même manière aux amendements des protocoles.

Article 12

Signature et ratification

1. La présente Convention est ouverte à la signature auprès de la République d'Autriche, dépositaire, à partir du 7 novembre 1991.
2. La Convention est soumise à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation sont déposés auprès du dépositaire.
3. La Convention entre en vigueur trois mois après la date à laquelle trois Etats auront exprimé leur consentement à être liés par la présente convention conformément aux dispositions du paragraphe 2.

4. Elle entre en vigueur à l'égard de toute Partie signataire qui exprime ultérieurement son consentement à être liée par elle, trois mois après la date du dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation conformément aux dispositions du paragraphe 2.

Article 13

Dénonciation

1. Toute Partie contractante peut, à tout moment, dénoncer la présente Convention en adressant une notification au dépositaire.
2. La dénonciation prendra effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de six mois après la date de réception de la notification par le dépositaire.

Article 14

Notifications

Le dépositaire notifie à toutes les Parties contractantes et à toutes les Parties signataires:

- (a) toute signature,
- (b) le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation,

- (c) toute date d'entrée en vigueur de la présente Convention conformément à l'article 12,
- (d) toute déclaration faite en vertu des paragraphes 2 et 3 de l'article 1,
- (e) toute notification faite en vertu des dispositions de l'article 13 et la date à laquelle la dénonciation prend effet.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

Fait à Salzbourg, le 7 novembre 1991 en français, allemand, italien, slovène, les quatre textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé dans les archives d'Etat de la République d'Autriche. Le depositaire communique copie certifiée conforme à toutes les Parties signataires.

Pour la République fédérale d'Allemagne:

[Signature]

Pour la République d'Autriche:

[Signature]

Pour la République française:

[Signature]

Pour la République italienne:

[Signature]

Pour la Principauté de Liechtenstein:

[Signature]

Pour la Confédération suisse:

[Signature]

Pour la République socialiste fédérative de Yougoslavie:

Pour la Communauté économique européenne:

[Signature]

**CONVENZIONE PER LA PROTEZIONE DELLE ALPI
(CONVENZIONE DELLE ALPI)**

Preambolo

La Repubblica d'Austria,
la Confederazione Elvetica,
la Repubblica Francese,
la Repubblica Federale di Germania,
la Repubblica Italiana,
la Repubblica Socialista Federativa Jugoslavia,
il Principato di Liechtenstein,
nonchè
la Comunità Economica Europea,

- consapevoli che le Alpi costituiscono uno dei più grandi spazi naturali continui in Europa, un habitat naturale e uno spazio economico, culturale e ricreativo nel cuore dell'Europa, che si distingue per la sua specifica e multiforme natura, cultura e storia, e al quale fanno parte numerosi popoli e Paesi,
- riconoscendo che le Alpi costituiscono l'ambiente naturale e lo spazio economico delle popolazioni locali e rivestono inoltre grandissima importanza per le regioni extra-alpine, tra l'altro quale area di transito di importanti vie di comunicazione,
- riconoscendo il fatto che le Alpi costituiscono un indispensabile rifugio e habitat per molte specie animali e vegetali minacciate,
- consapevoli delle grandi differenze esistenti tra i singoli ordinamenti giuridici, gli assetti naturali del territorio, gli insediamenti umani, le attività agricole e forestali, i livelli e le condizioni di sviluppo economico, l'incidenza del traffico, nonchè le forme e l'intensità della utilizzazione turistica,

- considerando che il crescente sfruttamento da parte dell'uomo minaccia l'area alpina e le sue funzioni ecologiche in misura sempre maggiore e che la riparazione dei danni o è impossibile o è possibile soltanto con un grande dispendio di mezzi, costi notevoli e tempi generalmente lunghi,
- convinti che gli interessi economici debbano essere armonizzati con le esigenze ecologiche,
- a seguito dei risultati della prima Conferenza delle Alpi dei Ministri dell'Ambiente tenutasi a Berchtesgaden dal 9 all'11 ottobre 1989, hanno convenuto quanto segue:

Articolo 1

Campo d'applicazione

1. Oggetto della presente Convenzione è la regione delle Alpi, com'è descritta e rappresentata nell'allegato.
2. Ciascuna Parte contraente all'atto del deposito del proprio strumento di ratifica o di accettazione o di approvazione, ovvero in qualsiasi momento successivo, può, tramite una dichiarazione indirizzata alla Repubblica d'Austria in qualità di Depositario estendere l'applicazione delle presente Convenzione ad ulteriori parti del proprio territorio, qualora ciò sia ritenuto necessario per l'attuazione delle disposizioni della presente Convenzione.
3. Ogni dichiarazione rilasciata ai sensi del paragrafo 2 può essere revocata per quanto riguarda ciascun territorio in essa citato, tramite una notifica indirizzata al Depositario. La revoca ha efficacia dal primo giorno del mese successivo alla scadenza di un periodo di sei mesi, calcolato a partire dalla data di ricezione della notifica da parte del Depositario.

Articolo 2 Obblighi generali

1. Le Parti contraenti, in ottemperanza ai principi della prevenzione, della cooperazione e della responsabilità di chi causa danni ambientali, assicurano una politica globale per la conservazione e la protezione delle Alpi, tenendo equamente conto degli interessi di tutti i Paesi alpini e delle loro Regioni alpine, nonché della Comunità Economica Europea, ed utilizzando le risorse in maniera responsabile e durevole. La cooperazione transfrontaliera a favore dell'area alpina viene intensificata nonché ampliata sul piano geografico e tematico.

2. Per il raggiungimento dell'obiettivo di cui al paragrafo 1, le Parti contraenti prenderanno misure adeguate in particolare nei seguenti campi:
 - a) Popolazioni e cultura - al fine di rispettare, conservare e promuovere l'identità culturale e sociale delle popolazioni locali, e di assicurarne le risorse vitali di base, in particolare gli insediamenti e lo sviluppo economico compatibili con l'ambiente, nonché al fine di favorire la comprensione reciproca e le relazioni di collaborazione tra le popolazioni alpine ed extra-alpine.

 - b) Pianificazione territoriale - al fine di garantire l'utilizzazione contenuta e razionale e lo sviluppo sano ed armonioso dell'intero territorio, tenendo in particolare considerazione i rischi naturali, la prevenzione di utilizzazioni eccessive o insufficienti, nonché il mantenimento o il ripristino di ambienti naturali, mediante l'identificazione e la valutazione complessiva delle esigenze di utilizzazione, la pianificazione integrasta e a lungo termine e l'armonizzazione delle misure conseguenti.

- c) Salvaguardia della qualità dell'aria - al fine di ridurre drasticamente le emissioni inquinanti e i loro effetti negativi nella regione alpina, nonché le trasmissioni di sostanze inquinanti provenienti dall'esterno, ad un livello che non sia nocivo per l'uomo, la fauna e la flora.
- d) Difesa del suolo - al fine di ridurre il degrado quantitativo e qualitativo del suolo, in particolare impiegando tecniche di produzione agricola e forestale che rispettino il suolo, utilizzando in misura contenuta suoli e terreno, limitando l'erosione e l'impermeabilizzazione dei suoli.
- e) Idroeconomia - al fine di conservare o di ristabilire la qualità naturale delle acque e dei sistemi idrici, in particolare salvaguardandone la qualità, realizzando opere idrauliche compatibili con la natura e sfruttando l'energia idrica in modo da tenere parimenti conto degli interessi della popolazione locale e dell'interesse alla conservazione dell'ambiente.
- f) Protezione della natura e tutela del paesaggio - al fine di proteggere, di tutelare e, se necessario, di ripristinare l'ambiente naturale e il paesaggio, in modo da garantire stabilmente l'efficienza degli ecosistemi, la conservazione della flora e della fauna e dei loro habitat, la capacità rigenerativa e la continuità produttiva delle risorse naturali, nonché la diversità, l'unicità e la bellezza della natura e del paesaggio nel loro insieme.
- g) Agricoltura di montagna - al fine di assicurare, nell'interesse della collettività, la gestione del paesaggio rurale tradizionale, nonché una agricoltura adeguata ai luoghi e in armonia con l'ambiente, ed al fine di promuoverla tenendo conto delle condizioni economiche più difficili.
- h) Foreste montane - al fine di conservare, rafforzare e ripristinare le funzioni della foresta, in particolare quella protettiva, migliorando la resistenza degli ecosistemi forestali, in particolare attuando una silvicoltura adeguata alla natura e impedendo utilizzazioni che possano danneggiare le foreste, tenendo conto delle condizioni economiche più difficili nella regione alpina.

- i) Turismo e attività di tempo libero - al fine di armonizzare le attività turistiche e del tempo libero con le esigenze ecologiche e sociali, limitando le attività che danneggino l'ambiente e stabilendo, in particolare, zone di rispetto.
 - j) Trasporti - al fine di ridurre gli effetti negativi e i rischi derivanti dal traffico interalpino e transalpino ad un livello che sia tollerabile per l'uomo, la fauna, la flora e il loro habitat, tra l'altro attuando un più consistente trasferimento su rotaia dei trasporti e in particolare del trasporto merci, soprattutto mediante la creazione di infrastrutture adeguate e di incentivi conformi al mercato, senza discriminazione sulla base della nazionalità.
 - k) Energia - al fine di ottenere forme di produzione, distribuzione e utilizzazione dell'energia che rispettino la natura e il paesaggio, e di promuovere misure di risparmio energetico.
 - l) Economia dei rifiuti - al fine di assicurare la raccolta, il riciclaggio e il trattamento dei rifiuti in maniera adeguata alle specifiche esigenze topografiche, geologiche e climatiche dell'area alpina, tenuto conto in particolare della prevenzione della produzione dei rifiuti.
3. Le Parti contraenti concluderanno Protocolli in cui verranno definiti gli aspetti particolari per l'attuazione della presente Convenzione.

Articolo 3
Ricerca e osservazione sistematica

Nei settori di cui all'articolo 2, le Parti contraenti convengono:

- a) di effettuare lavori di ricerca e valutazioni scientifiche collaborando insieme,
- b) di sviluppare programmi comuni o integrati di osservazione sistematica,
- c) di armonizzare ricerche ed osservazioni nonché la relativa raccolta dati.

Articolo 4
**Collaborazione in campo giuridico, scientifico,
economico e tecnico**

1. Le Parti contraenti agevolano e promuovono lo scambio di informazioni di natura giuridica, scientifica, economica e tecnica che siano rilevanti per la presente Convenzione.
2. Le Parti contraenti, al fine della massima considerazione delle esigenze transfrontaliere e regionali, si informano reciprocamente sui previsti provvedimenti di natura giuridica ed economica, dai quali possano derivare conseguenze specifiche per la regione alpina o parte di essa .
3. Le Parti contraenti collaborano con organizzazioni internazionali, governative o non governative, ove necessario per attuare in modo efficace la presente Convenzione e i Protocolli dei quali esse sono Parti contraenti.

4. Le Parti contraenti, provvedono in modo adeguato ad informare regolarmente l'opinione pubblica sui risultati delle ricerche e osservazioni, nonchè sulle misure adottate.
5. Gli obblighi derivanti alle Parti contraenti dalla presente Convenzione nel campo dell'informazione hanno effetto, fatte salve le leggi nazionali sulla riservatezza. Le informazioni definite riservate debbono essere trattate come tali.

Articolo 5

Conferenza delle parti contraenti (Conferenza delle Alpi)

1. I problemi di interesse comune delle Parti contraenti e la loro collaborazione formano oggetto di sessioni a scadenze regolari della Conferenza delle Parti contraenti (Conferenza delle Alpi). La prima sessione della Conferenza delle Alpi viene convocata da una Parte contraente designata di comune accordo, al più tardi un anno dopo l'entrata in vigore della presente Convenzione.
2. In seguito, le sessioni ordinarie della Conferenza delle Alpi hanno luogo di norma ogni due anni presso la Parte contraente che detiene la presidenza. La presidenza e la sede si alternano dopo ogni sessione ordinaria della Conferenza delle Alpi. Entrambe sono stabilite dalla Conferenza delle Alpi.
3. La Parte contraente che detiene la Presidenza propone di volta in volta l'ordine del giorno per la sessione della Conferenza delle Alpi. Ciascuna Parte contraente ha il diritto di far inserire punti ulteriori nell'ordine del giorno.

4. Le Parti contraenti trasmettono alla Conferenza delle Alpi informazioni sulle misure da esse adottate per l'attuazione della presente Convenzione e dei Protocolli dei quali esse sono Parti contraenti, fatte salve le leggi nazionali sulla riservatezza.
5. L'Organizzazione delle Nazioni Unite, le sue istituzioni specializzate, il Consiglio d'Europa nonché ogni altro Stato europeo possono partecipare in qualità di osservatori alle sessioni della Conferenza delle Alpi. Lo stesso vale per le Comunità transfrontaliere di enti territoriali della regione alpina. La Conferenza delle Alpi può inoltre ammettere come osservatori organizzazioni internazionali non governative che svolgano un'attività in materia.
6. Ha luogo una sessione straordinaria della Conferenza delle Alpi ogni qualvolta essa la deliberi oppure qualora, nel periodo tra due sessioni, un terzo delle Parti contraenti ne faccia domanda scritta presso la Parte contraente che esercita la presidenza.

Articolo 6

Compiti della Conferenza delle Alpi

La Conferenza delle Alpi esamina lo stato di attuazione della Convenzione, nonché dei Protocolli con gli allegati e espleta nelle sue sessioni in particolare i seguenti compiti:

- a) Adotta le modifiche della presente Convenzione in conformità con la procedura di cui all'articolo 10.
- b) Adotta i Protocolli e i loro allegati, nonché le loro modifiche in conformità con la procedura di cui all'articolo 11.
- c) Adotta il proprio regolamento interno.

- d) Prende le necessarie decisioni in materia finanziaria.
- e) Decide la costituzione di Gruppi di Lavoro ritenuti necessari all'attuazione della Convenzione.
- f) Prende atto della valutazioni derivanti dalle informazioni scientifiche.
- g) Delibera o raccomanda misure per la realizzazione degli obiettivi previsti dagli articoli 3 e 4, stabilisce la forma, l'oggetto e la frequenza della trasmissione delle informazioni da presentare ai sensi dell'articolo 5 paragrafo 4, e prende atto delle informazioni medesime nonchè delle relazioni presentate dai Gruppi di Lavoro.
- h) Assicura l'espletamento delle necessarie attività di segretariato.

Articolo 7

Delibere della Conferenza delle Alpi

1. Salvo quanto stabilito diversamente qui di seguito, la Conferenza delle Alpi delibera per consenso. Riguardo ai compiti indicati all'articolo 6, lettere c), f) e g), qualora risultino esauriti tutti i tentativi di raggiungere il consenso e il presidente ne prenda atto espressamente, si delibera a maggioranza di tre quarti delle Parti contraenti presenti e votanti.
2. Nella Conferenza delle Alpi ciascuna Parte contraente dispone di un voto. La Comunità Economica Europea esercita il diritto di voto nell'ambito delle proprie competenze, esprimendo un numero di voti corrispondente al numero dei suoi Stati membri che sono Parti contraenti della presente Convenzione; la Comunità Economica Europea non esercita il diritto di voto qualora i rispettivi Stati membri esercitino il proprio diritto di voto.

Articolo 8
Comitato Permanente

1. E' istituito quale organo esecutivo il Comitato Permanente della Conferenza delle Alpi, formato dai delegati delle Parti contraenti.
2. Le Parti firmatarie che non abbiano ancora ratificato la Convenzione partecipano alle Sessioni del Comitato Permanente con status di osservatori. Lo stesso status può inoltre essere concesso ad ogni Paese alpino che non abbia ancora firmato la presente Convenzione e ne faccia richiesta.
3. Il Comitato Permanente adotta il proprio regolamento interno.
4. Il Comitato Permanente delibera inoltre sulle modalità dell'eventuale partecipazione alle proprie sessioni di rappresentanti di organizzazioni governative e non governative.
5. La Parte contraente che presiede la Conferenza delle Alpi assume la presidenza del Comitato Permanente.
6. Il Comitato Permanente espleta in particolare i seguenti compiti:
 - a) esamina le informazioni trasmesse dalle Parti contraenti ai sensi dell'articolo 5 paragrafo 4 per presentarne rapporto alla Conferenza delle Alpi,
 - b) raccoglie e valuta la documentazione relativa all'attuazione della Convenzione, e dei Protocolli con gli allegati, e la sottopone all'esame della Conferenza delle Alpi ai sensi dell'articolo 6,
 - c) riferisce alla Conferenza delle Alpi sull'attuazione delle delibere da essa adottate;

- d) prepara le sessioni della Conferenza delle Alpi nei loro contenuti, e può proporre punti dell'ordine del giorno nonché ulteriori misure relative all'attuazione della Convenzione e dei rispettivi Protocolli,
 - e) insedia i Gruppi di Lavoro per l'elaborazione di Protocolli e raccomandazioni ai sensi dell'articolo 6 lettera e) e coordina la loro attività,
 - f) esamina e armonizza i contenuti dei progetti di Protocollo in una visione unitaria e li sottopone alla Conferenza delle Alpi,
 - g) propone alla Conferenza delle Alpi misure e raccomandazioni per la realizzazione degli obiettivi contenute nella Convenzione e nei Protocolli.
7. Le delibere nel Comitato Permanente vengono adottate in conformità con le disposizioni di cui all'articolo 7.

Articolo 9
Segretariato

La Conferenza delle Alpi può deliberare per consenso l'istituzione di un Segretariato Permanente.

Articolo 10
Modifiche della Convenzione

Ciascuna Parte può presentare alla Parte contraente che presiede la **Conferenza delle Alpi** proposte di modifica della Convenzione. Tale proposte saranno **trasmesse dalla** Parte contraente che presiede la Conferenza delle Alpi alle **Parti contraenti e alle Parti firmatarie** almeno sei mesi prima dell'inizio della sessione della Conferenza delle Alpi in cui saranno prese in esame.

Le modifiche della Convenzione entrano in vigore in conformità con le disposizioni di cui ai paragrafi 2, 3 e 4 dell'articolo 12.

Articolo 11
Protocolli e loro modifiche

1. I progetti di Protocollo di cui all'articolo 2, paragrafo 3 vengono trasmessi dalla Parte che presiede la Conferenza delle Alpi alle Parti contraenti e alle Parti firmatarie almeno sei mesi prima dell'inizio della sessione della Conferenza delle Alpi che li prenderà in esame.
2. I Protocolli adottati dalla Conferenza delle Alpi vengono firmati in occasione delle sue sessioni o successivamente presso il Depositario. Essi entrano in vigore per quelle Parti contraenti che li abbiano ratificati o accettati o approvati. Per l'entrata in vigore di un Protocollo sono necessarie almeno tre ratifiche o accettazioni o approvazioni. Gli strumenti suddetti vengono depositati presso la Repubblica d'Austria in qualità di Depositario.

3. Qualora i Protocolli non contengano disposizioni diverse per l'entrata in vigore e per la denuncia, si applicano per analogia le disposizioni degli articoli 10, 13 e 14.
4. Per le modifiche dei Protocolli si applicano le corrispondenti disposizioni dei paragrafi 1, 2 e 3.

Articolo 12
Firma e ratifica

1. La presente Convenzione è depositata per la firma presso la Repubblica d'Austria in qualità di Depositario, a decorrere dal 7 novembre 1991.
2. La Convenzione deve essere sottoposta a ratifica o accettazione o approvazione. Gli strumenti di ratifica o di accettazione o approvazione vengono depositati presso il Depositario.
3. La Convenzione entra in vigore tre mesi dopo il giorno in cui tre Stati abbiano espresso la propria adesione alla Convenzione in conformità con le disposizioni del paragrafo 2.
4. Per ciascuna Parte firmataria che esprima successivamente la propria adesione alla Convenzione in conformità con le disposizioni del paragrafo 2, la Convenzione entra in vigore tre mesi dopo il deposito dello strumento di ratifica o di accettazione o di approvazione.

Articolo 13
Denuncia

1. Ciascuna Parte contraente può denunciare in qualsiasi momento la presente Convenzione mediante una notifica indirizzata al Depositario.
2. La denuncia avrà effetto il primo giorno del mese successivo alla scadenza di un periodo di sei mesi a partire dalla data di ricevimento della notifica da parte del Depositario.

Articolo 14
Notifiche

Il Depositario notifica alle Parti contraenti ed alle Parti firmatarie:

- a) gli atti di firma,
- b) i depositi di strumenti di ratifica o di accettazione o di approvazione,
- c) la data di entrata in vigore della presente Convenzione ai sensi dell'articolo 12,
- d) le dichiarazioni rilasciate ai sensi dell'articolo 1, paragrafi 2 e 3,
- e) le notifiche effettuate ai sensi dell'articolo 13 e le date in cui le denunce hanno effetto.

In fede di ciò la presente Convenzione è stata sottoscritta dai firmatari debitamente autorizzati.

Fatto a Salisburgo, il 7 novembre 1991, in lingua francese, italiana, slovena e tedesca, laddove ciascuno dei quattro testi fa egualmente fede, in un originale depositato presso l'Archivio di Stato Austriaco. Il Depositario trasmette copie certificate conformi alle Parti firmatarie.

Per la Repubblica d'Austria:

Luigi Pezzoli

Per la Confederazione Elvetica:

Fritz W. Tr.

Per la Repubblica Francese:

Adrien

Per la Repubblica Federale di Germania:

Wolfgang

Wolfgang

Per la Repubblica Italiana:

Carlo

Per la Repubblica Socialista Federativa Jugoslavia:

Per il Principato di Liechtenstein:

Carlo

Per la Comunità Economica Europea:

Carlo Rija di Reane

**SPORAZUM O VARSTVU ALP
(ALPSKA KONVENCIJA)**

Republika Avstrija,
Republika Francija,
Republika Italija,
Socialistična federativna republika Jugoslavija,
Kneževina Liechtenstein,
Zvezna republika Nemčija,
Švica
ter
Evropska gospodarska skupnost,
so -

zavedajoč se, da Alpe predstavljajo enega največjih enotnih naravnih prostorov Evrope, da jih označujejo specifična in raznolika narava, kultura in zgodovina, da predstavljajo odličen življenjski, gospodarski, kulturni in sprostitevni prostor v srcu Evrope, ki si ga delijo mnogi narodi in dežele,

ob spoznanju, da so Alpe življenjski in gospodarski prostor domačega prebivalstva ter da so tudi največjega pomena za zunajalpska območja, med drugim tudi kot nosilec pomembnih prometnih poti,

priznavajoč dejstvo, da so Alpe nepogresljivo zatočišče in življenjski prostor mnogih ogroženih rastlinskih in živalskih vrst,

zavedajoč se velikih razlik v posameznih pravnih ureditvah, naravnoprostorskih danostih, poseljenosti, kmetijstvu in gozdarstvu, položaju in razvoju gospodarstva, prometni obremenitvi ter v vrsti in intenzivnosti turistične izrabe,

poznavajoč dejstvo, da stalno naraščajoče zahteve človeka vedno bolj ogrožajo alpski prostor in njegove ekološke funkcije in da se škodo da popraviti le izjemoma, z izrednim trdom, znatnimi stroški in praviloma šele v dolgih časovnih obdobjih,

v prepričanju, da je potrebno gospodarske interese uskladiti z ekološkimi zahtevami -

glede na rezultate prve Alpske konference ministrov za okolje od 9. do 11. oktobra 1989 v Berchtesgadnu sklenile naslednje:

1. člen

Območje uporabe

1. Predmet tega sporazuma je območje Alp, kot je v prilogi opisano in predstavljeno.
2. V kolikor se to zdi potrebno za izvrševanje določil tega sporazuma lahko vsaka pogodbeni stranka ob deponiranju svoje listine o ratifikaciji, sprejetju ali odobritvi oziroma kadarkoli pozneje razširi veljavo tega sporazuma na nadaljnje dele svojega državnega ozemlja z notifikacijo, ki jo naslovi Republiki Avstriji kot depozitarju.
3. Vsako po 2. odstavku oddano izjavo se lahko glede na vsako v njej imenovano državno ozemlje preklic z notifikacijo, ki se jo naslovi depozitarju. Preklic začne veljati prvi dan v mesecu po 6 mesecih, ko depozitar prejme notifikacijo.

2. člen

Splosne obveznosti

1. Pogodbene stranke zagotavljajo s preudarno in trajno rabo virov ter upoštevanjem načela preventive, povzročiteljeve odgovornosti in sodelovanja enotno politiko za ohranitev in varstvo Alp. Pri tem enako upoštevajo interese vseh alpskih držav, njihovih alpskih regij ter Evropske gospodarske skupnosti. Čezmejno sodelovanje v alpskem prostoru se okrepi ter prostorsko in strokovno razširi.

2. Pogodbene stranke bodo za doseg ciljev, ki so navedeni v 1. odstavku, posegle po primernih ukrepih, še posebno na naslednjih področjih:

- a. **PREBIVALSTVO IN KULTURA** - s ciljem spoštovanja, ohranjanja in podpiranja kulturne in družbene samobitnosti avtohtonega prebivalstva ter zagotavljanja njegove življenjske osnove, še posebno poselitve in gospodarskega razvoja, ki sta znosna okolju ter pospeševanja medsebojnega razumevanja in partnerskega vedenja med alpskim in zunajalpskim prebivalstvom,
- b. **PROSTORSKO NAČRTOVANJE** - s ciljem zagotavljanja varčne in preudarne izrabe ter zdravega, usklajenega razvoja celostnega prostora. Pri tem se posebej upošteva nevarnosti naravnih katastrof, preprečuje čezmerno izrabo in preredko poseljenost ter ohranja oz. obnavlja naravne življenjske prostore. Zato sta potrebni celovita spoznava in pojasnitev potreb po izrabi, daljnovidno integralno načrtovanje in določitev iz tega izhajajočih ukrepov,
- c. **OHRANJANJE ČISTEGA ZRAKA** - s ciljem drastičnega zmanjšanja emisij škodljivih snovi in obremenitev z njimi v alpskem okolju ter njihovega vnasanja od zunaj do mere, ki ni škodljiva za ljudi, živali in rastline,
- d. **VARSTVO TAL** - s ciljem zmanjševanja kvantitativnega in kvalitativnega poškodovanja tal, še posebno z uporabo za tla neškodljivih kmetijskih in gozdarskih proizvodnih postopkov, varčnim ravnanjem z zemljiščem in tlemi, zaježitvijo erozije kot tudi z omejitvijo zaprtja tal,
- e. **VODNO GOSPODARSTVO** - s ciljem ohranjanja ali obnove zdravih vodnih sistemov, še posebno z ohranjanjem čistoče vodovja, sonaravno gradnjo hidroelektrarn in s takim izkoriščanjem vodne sile, ki v enaki meri upošteva interese okolja in avtohtonega prebivalstva,
- f. **VARSTVO NARAVE IN KRAJINSKA NEGA** - s ciljem takega varovanja in negovanja, po potrebi pa tudi obnavljanja narave in krajine, ki naj trajno zagotavlja sposobnost delovanja ekosistemov, ohranja živalstvo in rastlinstvo vključno z njunim življenjskim okoljem, sposobnost obnavljanja in trajnega ustvarjanja naravnih dobrin ter

raznolicnost, svojevrstnost in lepoto narave in krajine v njuni celoti,

- g. GORSKO KMETIJSTVO - s ciljem ohranjanja in pospesevanja gospodarjenja tradicionalnih kulturnih krajin ter kraju primernega in okolju znosnega kmetijstva v interesu javnosti. Pri tem se upošteva otežene gospodarske pogoje v alpskem svetu,
- h. GORSKI GOZD - s ciljem ohranjanja, krepitve in obnavljanja gozdnih funkcij, se posebno varovalnih funkcij z izboljšanjem odpornosti gozdnih ekosistemov, zlasti s sonaravnim gozdnim gospodarjenjem in preprečevanjem gozdu škodljive izrabe. Pri tem se upošteva otežene gospodarske pogoje v alpskem svetu,
- i. TURIZEM IN PROSTI ČAS - s ciljem usklajevanja turističnih in sprostitvenih dejavnosti z ekološkimi in socialnimi zahtevami, z omejevanjem takšnih, ki škodijo okolju ter se posebno z določanjem območij miru,
- j. PROMET - s ciljem zmanjševanja obremenitve in nevarnosti v prometu čez Alpe in znotraj njih do mere, ki je znosna človeku, živalim, rastlinam ter njihovim življenjskim prostorom. To se med drugim doseže s povečano predstavitvijo prometa, predvsem tovornega prometa na železnico ter z ustvarjanjem primernih infrastruktur in trgu prilagojenih spodbud brez narodnostne diskriminacije,
- k. ENERGIJA - s ciljem uvedbe pridobivanja, razdeljevanja in izkoriščanja energije na način, ki prizanaša naravi in krajini ter je neškodljiv okolju in pospesevanja ukrepov za varčevanje z energijo,
- l. GOSPODARJENJE Z ODPADKI - s ciljem zagotavljanja zajemanja, predelave in odstranjevanja odpadkov, ki je prilagojeno posebnim topografskim, geološkim in klimatskim potrebam alpskega okolja in s posebnim upoštevanjem omejevanje odpadkov.

3. Pogodbene stranke se dogovorijo o protokolih, v katerih bodo določene podrobnosti za izvedbo tega sporazuma.

3. člen**Raziskave in sistematična opazovanja**

Pogodbene stranke se na področjih, omenjenih v II. členu, dogovorijo, da bodo

- a. izvedle raziskovalna dela in znanstvena ocenjevanja ter pri tem sodelovale,
- b. razvile skupne ali dopolnitvene programe za sistematično opazovanje,
- c. uskladile raziskave, opazovanja ter zbiranje podatkov.

4. člen**Sodelovanje na pravnem, znanstvenem, gospodarskem
in tehničnem področju**

1. Pogodbene stranke olajšujejo in pospešujejo izmenjavo pravnih, znanstvenih, gospodarskih in tehničnih informacij, ki so pomembne za ta sporazum.
2. Pogodbene stranke se medsebojno obveščajo o načrtovanih, pravnih ali gospodarskih ukrepih, ki lahko posebno vplivajo na alpski prostor ali njegove dele, pri tem pa v največji možni meri upoštevajo cezmejne in regionalne zahteve.
3. Pogodbene stranke za učinkovito izvajanje sporazumov in protokolov, katerih pogodbeni stranka so, po potrebi sodelujejo z mednarodnimi vladnimi in nevladnimi organizacijami.
4. Pogodbene stranke na primeren način poskrbijo za tekoče obveščanje javnosti in prebivalstva o rezultatih raziskav in opazovanj ter sprejetih ukrepov.
5. Dolžnosti pogodbenih strank tega sporazuma na področju informiranja veljajo z izjemo državnih zakonov o zaupnosti. Z informacijami, ki so označene kot zaupne, je treba temu primerno tudi ravnati.

5. člen**Konferenca pogodbenih strank
(Alpska konferenca)**

1. Skupna prizadevanja pogodbenih strank in njihovo sodelovanje so predmet redno sklicanih zasedanj konferenc pogodbenih strank (Alpska konferenca). Zasedanje alpske konference prvič skliče sporazumno določena pogodbeni stranka, in to najkasneje 1 leto po tem, ko ta sporazum začne veljati.
2. Kasneje praviloma zaseda Alpska konferenca redno na vsaki dve leti pri predsedujoči pogodbeni stranki. Predsedstvo ter sedež se menjavata po vsakem rednem zasedanju Alpske konference in oba določi Alpska konferenca.
3. Predsedujoča pogodbeni stranka vsakih predlaga dnevni red zasedanja Alpske konference. Vsaka stranka ima pravico zahtevati, da se v dnevni red vključijo dodatne točke.
4. Pogodbene stranke posredujejo Alpski konferenci informacije o ukrepih, ki so jih sprejele za izvedbo tega sporazuma in protokolov, katerih pogodbeni stranka so s pridržkom državnih zakonov o zaupnosti.
5. Združeni narodi, njihove posebne organizacije, Evropski svet in vsaka evropska država se lahko zasedanj Alpske konference udeležijo kot opazovalci. Enako velja za čezmejna združenja alpskih družbenopolitčnih teritorialnih skupnosti. Alpska konferenca lahko poleg tega povabi kot opazovalce ustrezno aktivne mednarodne nevladne organizacije.
6. Izredna zasedanja Alpske konference se skličejo v kolikor jih ona določi oz. v kolikor to med dvema zasedanjima pisno zahteva ena tretjina pogodbenih strank pri predsedujoči pogodbeni stranki.

6.člen
Naloge Alpske konference

Alpska konferenca preverja izvajanje sporazuma ter protokolov s prilogami in ima na svojih zasedanjih predvsem naslednje naloge:

- a. Sklepa spremembe sporazuma v okviru postopka 10. člena.
- b. Sklepa protokole in njihove priloge kot tudi njihove spremembe v okviru postopka 11. člena.
- c. Določa svoj poslovnik.
- d. Sprejema potrebne finančne odločitve.
- e. Določa ustanovitev delovnih skupin, ki se ji zde potrebne za izvedbo sporazuma.
- f. Jemlje na znanje uporabo znanstvenih informacij.
- g. Določa in priporoča ukrepe za uresničevanje ciljev, ki so predvideni v 3. in 4. členu. Določa obliko, predmet in časovne posledke za posredovanje informacij, ki se jih predlaga po 5. členu, 4. odstavek, in jemlje na znanje te informacije ter poročila, ki so jih predložile delovne skupine.
- h. Zagotovi izvajanje potrebnih nalog Sekretariata.

7. člen
Sprejemanje sklepov na
Alpski konferenci

1. V kolikor ni drugače določeno, Alpska konferenca sklepa s konsenzom. Če je ves trud po 6. členu c, f in g za dosego soglasja zamen in to predsednik izrecno ugotovi, se sklep sprejme s tricetrinsko večino vseh prisotnih in glasujočih pogodbenih strank.
2. Vsaka pogodbeni stranka na Alpski konferenci ima le en glas. Evropska gospodarska skupnost glasuje na področju svoje pristojnosti s številom glasov, ki ustreza številu držav članic, ki so pogodbeni stranke tega sporazuma; Evropska gospodarska skupnost pa ne glasuje, če glasujejo dotične države članice in obratno.

8. člen
Stalni odbor

1. Kot izvršni organ se ustanovi Stalni odbor Alpske konference, ki ga sestavljajo predstavniki pogodbenih strank.
2. Države podpisnice, ki konvencije še niso ratificirale, imajo na zasedanjih Stalnega odbora status opazovalca. Ta status se lahko na prošnjo podeli vsaki alpski državi, ki te Konvencije še ni podpisala.
3. Stalni odbor določa svoj poslovnik.
4. Stalni odbor razen tega odloča o načinu morebitnega udeleževanja zastopnikov vladnih in nevladnih organizacij na svojih zasedanjih.
5. Pogodbeni stranka, ki predseduje na Alpski konferenci, predseduje tudi v Stalnem odboru.

6. Stalni odbor prevzame odgovornost posebno za naslednje naloge:

- a. usmerja informacije, ki so jih posredovale pogodbene stranke po 5. členu, 4. odstavek za poročila na Alpski konferenci,
 - b. zbira in ocenjuje gradivo glede na izvajanje sporazuma ter protokolov z njihovimi prilogami in ga predloži Alpski konferenci po 6. členu v preveritev,
 - c. obvesča Alpsko konferenco o izvajanju njenih sklepov,
 - d. vsebinsko pripravlja zasedanja Alpske konference in lahko predlaga točke dnevnega reda kot tudi ostale ukrepe glede na izvajanje sporazuma in njegovih protokolov,
 - e. določa delovne skupine za izdelavo protokolov in priporočil ter usklajuje njihove dejavnosti po 6. členu, e,
 - f. preverja in usklajuje vsebine osnutkov protokolov z enotnih stališč in jih predlaga Alpski konferenci,
 - g. predlaga ukrepe in priporočila za uresničevanje ciljev Alpske konference, ki so zastavljeni v sporazumu in protokolih,
7. Stalni odbor sprejema sklepe o poročilih za Alpsko konferenco po določbah v 7. členu.

9. člen

Sekretariat

Alpska konferenca lahko s soglasjem sklene ustanovitev stalnega Sekretariata.

10. člen**Spremembe sporazuma**

Vsaka pogodbeni stranka lahko pogodbeni stranki, ki predseduje Alpski konferenci, daje predloge za spremembe tega sporazuma. Te predloge posreduje pogodbeni stranka, ki predseduje Alpski konferenci, pogodbenim strankam in državam podpisnicam vsaj 6 mesecev pred začetkom zasedanja Alpske konference, na kateri bodo obravnavani. Spremembe sporazuma stopijo v veljavo po 2., 3., in 4. odstavku 12. člena.

11. člen**Protokoli in njihove spremembe**

1. Osnutke protokolov v smislu 2. člena, 3. odstavka, sporoči pogodbeni stranka, ki predseduje Alpski konferenci, pogodbenim strankam in državam podpisnicam vsaj 6 mesecev pred začetkom zasedanja Alpske konference, na katerem bodo obravnavani.
2. Protokole, ki jih Alpska konferenca sprejme, se podpiše na njenem zasedanju ali kasneje pri depozitarju. Veljati začnejo za tiste pogodbene stranke, ki so jih ratificirale, sprejele ali odobrile. Za začetek veljave protokola so potrebne vsaj tri ratifikacije, sprejetja ali odobritve. Ustrezne dokumente se hrani v Republiki Avstriji, ki ima vlogo depozitarja.
3. V kolikor v protokolu ni predvideno drugače, veljajo za njegovo stopitev v veljavo in odpoved smiselno 10., 13. in 14. člen.
4. Za spremembe protokolov veljajo smiselno odstavki 1 - 3.

12. člen**Podpisovanje in ratifikacija**

1. Sporazum bo na voljo v podpis od 7. novembra 1991 dalje v Republiki Avstriji, ki ima vlogo depozitarja.

2. Sporazum potrebuje ratifikacijo, sprejetje ali odobritev. Listino o ratifikaciji, sprejetju ali odobritvi se deponira pri depozitarju.
3. Sporazum začne veljati 3 mesece potem, ko so tri države izrazile svoje soglasje po 2. odstavku, da jih sporazum veže.
4. Za vsako državo podpisnico, ki kasneje izrazi soglasje po 2. odstavku, da jo sporazum veže, začne ta veljati 3 mesece po deponiranju listine o ratifikaciji, odobritvi in dovoljenju. Enako velja za Evropsko skupnost.

13. člen
Odstop

1. Vsaka pogodbeni stranka lahko kadarkoli z notifikacijo pri depozitarju odstopi od sporazuma.
2. Odstop začne veljati prvi dan v mesecu po šestih mesecih, potem, ko depozitar prejme notifikacijo.

14. člen
Notifikacije

Depozitar notificira strankam

- a. vsak podpis,
- b. vsako deponiranje listine o ratifikaciji, sprejetju ali odobritvi,
- c. vsakokratni dan začetka veljave tega sporazuma po 12. členu,

d. vsa oddana pojasnila po 1. členu, 2. in 3. odstavku,

e. vsako opravljeno notifikacijo po 13. členu in dan, ko odstop postane veljaven.

Sporazum je potrjen s podpisom po predpisih pooblaščenih podpisnikov.

Sprejeto 7. novembra 1991 v Salzburgu v nemškem, francoskem, italijanskem in slovenskem jeziku, pri čemer so vsa štiri besedila enako obvezujoča, v originalu, ki je deponiran v Avstrijskem državnem arhivu. Depozitar posreduje vsaki državi podpisnici overjen prepis.

Za Republiko Avstrijo:

Za Republiko Francijo:

Za Republiko Italijo:

Za Socialistično federativno republiko Jugoslavijo:

Za Kneževino Liechtenstein:

Za Zvezno Republiko Nemčijo:

Za Švico:

Za Evropsko gospodarsko skupnost:

Handwritten signature in blue ink, likely for Austria or France.

Handwritten signature in blue ink, likely for Italy.

Handwritten signature in blue ink, likely for Liechtenstein.

Handwritten signature in blue ink, likely for Germany.

Handwritten signature in blue ink, likely for Switzerland.

Handwritten signature in blue ink, likely for the European Economic Community.

e-archiv.li

535TV 298/1

